

## Substanzielles Protokoll 58. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 8. Juli 2015, 20.30 Uhr bis 22.42 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (parteilos), Thomas Osbahr (SVP), Shaibal Roy (GLP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                          |   |     |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1.  |                          | Mitteilungen  |     |
| 7.  | <a href="#">2015/128</a> | Weisung vom 13.05.2015:<br>Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2015  | STR |
| 8.  | <a href="#">2015/118</a> | Weisung vom 06.05.2015:<br>Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2014 durch den Gemeinderat   | FV  |
| 9.  | <a href="#">2015/40</a>  | Weisung vom 04.02.2015:<br>Motion von Min Li Marti (SP), Isabel Garcia (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden betreffend Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung, Bericht und Abschreibung | STP |
| 11. | <a href="#">2015/70</a>  | E/A Postulat von Andrea Nüssli (SP) und Simone Brander (SP) vom 11.03.2015:<br>Verbesserung der Bus-Anbindung des Rütihofquartiers an die Stadtbahnhöfe Oerlikon und Altstetten   | VIB |
| 14. | <a href="#">2015/138</a> | E/A Postulat von Helen Glaser (SP) vom 20.05.2015:<br>Produktesortiment Energie 360°, Lieferung des Standardprodukts mit einem Anteil Biogas  | VIB |

### Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

## Geschäfte

1122. 2015/128

### Weisung vom 13.05.2015: Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2015

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 57, Beschluss-Nr. 1122/2015).

Rückkommensantrag zu Antrag 15)

Andreas Kirstein (AL) beantragt Rückkommen zum Antrag 15 und die Wiederholung der Abstimmung (siehe Sitzung Nr. 57, Beschluss-Nr. 1122/2015).

Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Kirstein (AL) stillschweigend zu.

S. 8	<b>45 4540 3180 0000</b>	<b>Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>		
<b>15)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 500 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP)
	Neu	2 300 000	Minderheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Roger Liebi (SVP)
			Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	200 000		
	Begründung	Zusatzkredite auf nicht beeinflussbare Ausgaben beschränken		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 118 zu 1 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Götzl (SVP):** 2010 bis 2014 waren die erwarteten Billag-Gebühren budgetiert, konnten jedoch infolge Nichtverrechnung durch die Billag nicht bezahlt werden. Die Billag machte Schwierigkeiten beim Erstellen von Sammelrechnungen geltend. Während die Billag Debitoren hat, denen sie mehrere 10 000 Franken nicht verrechnen kann oder will, schickt sie Kontrolleure zu den unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern. Der Billag-Topf ist auf jeden Fall prall gefüllt. In der schriftlichen Anfrage GR Nr. 2015/183 vom 18. März 2015 wurden allfällige Auswirkungen eines Ja zum revidierten Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG, 784.40) und die zu erwartenden Folgekosten nachgefragt. Die Antworten zeigten, dass sämtliche Kosten bekannt waren und korrekt budgetiert werden konnten. Unter dieser ordnungsgemässen Buchhaltungsführung soll und darf kein Zusatzkredit erforderlich sein. Der Betrag ist auf einer anderen Kostenstelle des Schul- und Sportdepartements (SSD) einzusparen.

**Andrea Nüssli (SP):** Dank dem revidierten RTVG werden die Gebühren in Zukunft

*direkt einkassiert. Auch das SSD muss Billag-Gebühren zahlen. Ich finde es auch nicht gut, dass die Gebühren nicht eingezahlt und nicht budgetiert wurden. Nichtsdestotrotz sind die 110 000 Franken jetzt fällig. Dieser Betrag kann an keiner anderen Stelle eingespart werden.*

S. 9	<b>50 5010 3187 0000</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Schulamt Steuern und Abgaben</b>		
<b>17)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	110 000		Mehrheit Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	110 000		
	Begründung	An anderen Orten einsparen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Mit dem Projekt ZOOM wird Druckerinfrastruktur an ein halbprivates Unternehmen ausgelagert. Die Verwaltung produziert pro Jahr bis zu 160 Millionen Blatt Papier und zeigt dadurch, dass sie die 2000-Watt-Gesellschaft nicht ernst nimmt. Es ist zwar löblich, die Papier- und Geldverschwendung eindämmen zu wollen, dies muss aber mit dem budgetierten Geld erfolgen.*

**Felix Moser (Grüne):** *Das Gesamtprojekt ZOOM führt innerhalb der Stadt zu Minderkosten von rund drei Millionen Franken. Es ist aber durchaus möglich, dass auf einzelnen Konten oder in einzelnen Dienstabteilungen mehr gedruckt wird als vorgesehen und budgetiert. Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) fallen Mehrkosten in der Höhe von 15 000 Franken an.*

S. 9	<b>55 5530 3101 0000</b>	<b>Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten</b>		
<b>18)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	15 000		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

	Verbesserung	15 000		
	Begründung	Keine Zusatzkosten für Zoom		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Der Stadtrat begründet seinen Antrag damit, dass die Aktivitäten im neu renovierten Jugendkulturhaus Dynamo gestiegen seien. Mehr Anlässe führen zu einer Intensivierung von Reinigungstätigkeiten und somit zu Mehrkosten. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt sind wir der Meinung, dass die Reinigungskosten auf die Benutzer umgewälzt werden müssen. Wir bitten den Stadtrat, in Zukunft genauer zu budgetieren.

**Felix Moser (Grüne):** Es ist erfreulich, dass im Jugendkulturhaus Dynamo mehr Anlässe stattfinden. Es wurde zum Teil sehr knapp budgetiert. Wenn jetzt mehr Reinigungskosten entstehen, müssen diese gezahlt werden.

S. 9	<b>55 5550 3141 0000</b>	<b>Sozialdepartement Soziale Dienste Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV</b>		
<b>19)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	25 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	25 000		
	Begründung	Genauer budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

## 2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 20)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Stelle war ursprünglich im Bereich Organisation und Informatik (OIZ) und wurde dann zur Stadtpolizei (Stapo) hinüberschoben. Irgendwann gab es dort für die Stelleninhaberin aber keine Aufgaben mehr, und es wurde nach anderen Möglichkeiten gesucht. Es sollen nicht über Stellenverschiebungen für einzelne

Personen Positionen gesucht werden. Vielmehr müssen Stellen über klare Stellenbeschriebe eingeplant werden.

**Walter Angst (AL):** Die Stellenübertragung entspricht wahrlich nicht ganz den Vorgaben des Stadtrats betreffend der Stellenplafonierung. Überbrückungszuschüsse sind aber zu vermeiden. Für Personen, die in der Stadtverwaltung weiterarbeiten wollen und auch können, sollen Lösungen möglich sein, wie hier eine beantragt wird. In solchen Fällen muss dem Stadtrat eine gewisse Flexibilität gewährt werden. Wir erwarten allerdings, dass die Stelle bei der OIZ nicht so betrachtet wird, als wäre sie auf ewig geschaffen worden. Im Fall eines Rücktritts der jetzigen Stelleninhaberin ist eine Überprüfung nötig.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Das von Walter Angst (AL) gezeichnete Szenario wird sich so bestimmt nicht abspielen.

S. 9	<b>20</b> <b>2080</b>  <b>von</b> 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000  <b>nach</b> 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	<b>Finanzdepartement</b> <b>Organisation und Informatik</b>  <b>2520 Stadtpolizei</b> Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge  <b>2080 Organisation und Informatik</b> Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
<b>20)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	162 000	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli-mann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
	Begründung	Stelle wird nicht benötigt		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 47 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Rolf Müller (SVP):** Der Betrag von 16 000 Franken ist nicht im ordentlichen Budget eingestellt. Kreditverschiebungen sind für die SVP nicht tragbar, da sie Intransparenz und Unübersichtlichkeit bewirken. Wir sind absolut nicht gegen die Zurverfügungstellung von solchen Praktika durch die Stadt; diese ermöglichen sicher einen guten Start in die Berufswelt. Solche Aufwendungen müssen aber ordentlich budgetiert werden.

**Felix Moser (Grüne):** Mit der geplanten Praktikumsstelle erhält jemand eine sinnvolle Beschäftigung und damit einen Start ins Berufsleben. Im Rahmen der Kreditübertragung wird nicht mehr Geld ausgegeben, sondern lediglich von einem Lohnkonto auf das andere übertragen.

S. 10	<b>30 3000</b> von 3010 0000 nach 3012 0000	<b>Gesundheits- und Umweltdepartement GUD Zentrale Verwaltung</b> Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Löhne des Personals in Ausbildung		
<b>21)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	16 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Begründung	Auf nächstes Budget budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** Auch hier fordern wir eine ordentliche Budgetierung und somit eine Verschiebung auf das Budget 2016. Eine Planung muss realistisch sein, damit der Fahrplan auch eingehalten werden kann.

**Christian Traber (CVP):** Da die Projekte noch nicht so weit fortgeschritten sind, braucht man die Auslagen nicht für die Wartung, sondern zur Deckung der Projektkosten. Es handelt sich also um ein Nullsummenspiel.

S. 11	<b>40 4000</b> von 3153 0000 3910 0000 nach 3189 0000	<b>Hochbaudepartement HBD Zentrale Verwaltung</b> Unterhalt IT-Anlagen Software Vergütung an OIZ für IT-Leistungen Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
<b>22)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	240 000	Mehrheit	Christian Traber (CVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Auf nächstes Budget budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Andrea Nüssli (SP):** Für das Aufstellen von 20 Plakat-Leuchtdrehsäulen braucht es technische und bauliche Bereitstellungen sowie eine Kreditübertragung. Die durch die Plakat-Leuchtdrehsäulen generierten Einnahmen geben der Stadt wieder Kredit, der sinnvoll genutzt werden kann.

**Felix Moser (Grüne):** Wir sind gegen die Plakat-Leuchtdrehsäulen, weil wir weniger Werbung wollen. Zwei weitere Gründe habe ich schon bei Antrag 12) genannt.

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** Wir sind der Meinung, es darf und soll Werbung gemacht werden. Möglicherweise ist uns hier ein kleiner Lapsus passiert, deshalb wechseln wir zur Kommissionsminderheit.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Wir bleiben bei unserer Argumentation. Wir würden gerne genügend Werbung sehen, aber sie muss privat sein.

S. 11	<b>40 4015</b> von 3180 0000 nach 500004	<b>Hochbaudepartement Amt für Städtebau</b> Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Übrige Tiefbauten		
<b>23)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	600 000	Minderheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Begründung	Verzicht auf Erstellung von Plakat-Leuchtdrehsäulen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Aus Sicht der Minderheit gibt es keinen Grund zu dieser

Übertragung, da eine solche für uns früher oder später eine Teuerung zur Folge haben würde. Zwei Lehrpersonen würden zu städtischen Angestellten. Dadurch hätten sie ein höheres Lohnniveau und könnten viel mehr Funktionsstufen aufsteigen. Mit Überbrückungszuschüssen könnten sie auch frühzeitig in den Ruhestand treten. Zudem ist absehbar, dass die Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) in ein paar Monaten klagen würde, sie habe zu wenig Lehrkräfte. Natürlich würde die Ratsmehrheit in der Budgetdebatte dann Lehrkräfte erlauben. Dem versuchen wir frühzeitig entgegenzuwirken.

**Andrea Nüssli (SP):** *Zusätzlichen Lehrpersonen stimmen wir jeweils zu, weil es meist auch mehr Kinder hat. Hier geht es aber um zwei Prorektoren, die bisher als Lehrpersonen galten, faktisch aber als Verwaltungspersonen agierten. Somit geht es um eine Richtigstellung dieser Führungspersonen.*

S. 12	<b>50 5026</b> von 3020 0000 nach 3010 0000	<b>Schul- und Sportdepartement Musikschule Konservatorium Zürich</b> Löhne der Lehrkräfte Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
<b>24)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	350 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)
	Begründung	Übertragung der Stellenwerte unnötig		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 25)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Götzl (SVP):** *Das Projekt ZOOM wurde 2012 in die Wege geleitet, um Drucker und Scanner auszulagern und Kosten zu sparen: Bestehende Ressourcen werden genutzt und die Anzahl der Geräte ist von 6000 auf rund 3000 gesunken. Die Auslagerung schafft nicht nur Kostenreduktionen, sondern auch Planungssicherheit. Mir ist nicht bekannt, wo die 3000 ausgemusterten Geräte verblieben sind, ich bin aber überzeugt, dass solche älteren Geräte wieder in Betrieb genommen werden können. Dadurch erübrigt sich die Anschaffung eines neuen, leistungsfähigeren Druckers und somit auch dieser Zusatzkredit. Das Projekt ZOOM soll keine Zusatzkosten generieren. Frühzeitig bekannte Kosten müssen korrekt budgetiert werden. Nur so lassen sich zwingend erforderliche Sparziele realisieren.*

**Andrea Nüssli (SP):** *Auch bei dieser Kreditübertragung geht es darum, eine korrekte Verbuchung zu erreichen.*

S. 12	<b>50 5063</b> von 3101 0000 nach 3161 0000	<b>Schul- und Sportdepartement Fachschule Viventa</b> Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungs- kosten Mieten und Benutzungskosten		
<b>25)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	15 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Keine Zusatzkosten für ZOOM		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 26)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Der Stadtrat möchte die betroffenen Mitarbeiter vom Finanzdepartement (FD) zum Sozialdepartement (SD) verschieben. Eine solche Verschiebung von Mitarbeitern halten wir nicht für notwendig. Wir sind vielmehr der Meinung, dass der Mitarbeiterbestand auf eine mögliche Überkapazität hin zu überprüfen wäre. Zudem bitten wir den Stadtrat, in Zukunft ordentlich zu budgetieren.

**Felix Moser (Grüne):** Es geht hier um 0,45 Stellenwerte im Verwaltungszentrum Werd, wo die Sicherheits- und Notfallorganisation vom FD ins SD übertragen wurde. Die Kommissionsmehrheit findet diese Übertragung sinnvoll.

S. 13	<b>55</b>	<b>Sozialdepartement</b>		
	<b>5510</b>	<b>Support Sozialdepartement</b>		
	<b>von</b>	<b>2000 FD Zentrale Verwaltung</b>		
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
	3030 0000	Sozialversicherungsbeiträge		
	3040 0000	Personalversicherungsbeiträge		
	3050 0000	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals		
	3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
	3136 0000	Medizinische Bedürfnisse		
	3911 0000	Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen		
	<b>nach</b>	<b>5510 Support Sozialdepartement</b>		
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
	3030 0000	Sozialversicherungsbeiträge		
	3040 0000	Personalversicherungsbeiträge		
	3050 0000	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals		
	3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
	3136 0000	Medizinische Bedürfnisse		
	3911 0000	Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen		
<b>26)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	54 400	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Begründung	Ordentlich budgetieren, Übertragung nicht notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 27)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Bei dieser Übertragung geht es gemäss Stadtrat um eine strategische Neuausrichtung. Der IT-Support war einmal vom Laufbahnzentrum ausgelagert worden und wird jetzt wieder eingegliedert. Dieses Hin und Her macht nicht gerade den Eindruck einer langfristigen Strategie. Die Übung hätte bis zur nächsten ordentlichen Budgetsitzung warten können.

**Felix Moser (Grüne):** Durch Rückführung der IT ins Laufbahnzentrum kann effizienter gearbeitet werden. Beim Bereitstellen von Arbeitsplätzen bieten insbesondere der Second Level-Support und die Fach-IT Unterstützung.

Weitere Wortmeldung:

**Samuel Dubno (GLP):** Die GLP wechselt aus der Enthaltung zur Minderheit. Wir möchten, dass gewisse Arbeiten in der Stadt vermehrt zentralisiert wahrgenommen werden. Die IT gehört dazu. Eine Föderalisierung der IT wäre ein Schritt zurück.

S. 14	<b>55</b>	<b>Sozialdepartement</b>		
	<b>5520</b>	<b>Laufbahnzentrum</b>		
	<b>von</b>			<b>5510 Support Sozialdepartement</b>
	3010 0000			Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
	3030 0000			Sozialversicherungsbeiträge
	3040 0000			Personalversicherungsbeiträge
	3050 0000			Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge
	3112 0000			Anschaffungen IT-Anlagen Hardware
	3113 0000			Anschaffungen IT-Anlagen Software
	3132 0000			IT-Verbrauchsmaterialien
	3152 0000			Unterhalt IT-Anlagen Hardware
	3153 0000			Unterhalt IT-Anlagen Software
	3189 0000			Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter
	3910 0000			Vergütung an OIZ für IT-Leistungen
	<b>nach</b>			<b>5520 Laufbahnzentrum</b>
	3010 0000			Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
	3030 0000			Sozialversicherungsbeiträge
	3040 0000			Personalversicherungsbeiträge
	3050 0000			Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge
	3112 0000			Anschaffungen IT-Anlagen Hardware
	3113 0000			Anschaffungen IT-Anlagen Software
	3132 0000			IT-Verbrauchsmaterialien
	3152 0000			Unterhalt IT-Anlagen Hardware
	3153 0000			Unterhalt IT-Anlagen Software
	3189 0000			Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter
	3910 0000			Vergütung an OIZ für IT-Leistungen
<b>27)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	966 500	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
	Begründung	Ordentlich budgetieren, Übertragung nicht notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 69 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 28)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürliemann (SVP):** Die Minderheit lehnt die Kreditübertragung aus

*grundsätzlichen Überlegungen heraus ab. Die Sachen sind planbar und müssen ordentlich budgetiert werden. Der Stadtrat begründet seinen Antrag damit, dass Vereinbarungen mit der Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht klar waren. In einem solchen Fall müssen die Kosten mit Einsparungen an einem anderen Ort kompensiert werden.*

**Felix Moser (Grüne):** Die Kosten waren zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt bzw. die Verhandlungen waren noch nicht abgeschlossen. Unterdessen ist klar, dass ein Zusatzkredit nötig ist.

S. 14	<b>55 5550</b> von 3913 0000 nach 3141 0000	<b>Sozialdepartement Soziale Dienste</b> Vergütung an IMMO für Raumkosten Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV		
<b>28)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	35 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Ordentlich budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 29)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Für die Umsetzung des Projekts ZOOM wurde bereits zu viel Geld ausgegeben. Bis heute konnten die mit ZOOM angestrebten Ziele nicht erreicht werden. Wir bitten den Stadtrat, weitere Zusatzkosten im Zusammenhang mit ZOOM zu vermeiden.

**Felix Moser (Grüne):** Das Projekt ZOOM ist abgeschlossen. Die Kosten konnten wunschgemäss gesenkt werden. Bei dieser Übertragung geht es um eine korrekte Verbuchung der Mietkosten für Multifunktionsgeräte.

S. 15	<b>55</b> <b>5560</b> <b>von</b> 3161 0000 <b>nach</b> 3101 0000	<b>Sozialdepartement</b> <b>Soziale Einrichtungen und Betriebe</b> Mieten und Benutzungskosten Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
<b>29)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	23 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Keine Zusatzkosten für ZOOM		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Weitere Wortmeldungen:

**Martin Bürliemann (SVP):** *In diesen Zusatzkrediten sind Zusatzwünsche und zusätzliche Kosten enthalten. Seit Jahren steigen alle Ausgaben. Seit 2011 sind die Schulden um 540 Millionen Franken gestiegen. 2014 beträgt die Nettoschuld 4,19 Milliarden Franken, und das Eigenkapital ist auf 667 Millionen Franken gesunken. 8,5 Milliarden Franken müssen dem Stadtrat reichen, um die Aufgaben zu erfüllen. Die Gesamtausgaben müssen sinken, dies muss auch in den Zusatzkrediten zum Ausdruck kommen. Die SVP lehnt weitere Zusatzkredite ab.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Da der Rat in den wenigsten Fällen der Argumentation der FDP gefolgt ist, lehnen wir die Zusatzkredite I. Serie 2015 ab.*

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Martin Bürliemann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)  
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2015 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	7 417 700	5 715 200
2. Kreditübertragungen	+ 1 131 600 – 1 731 600	+5 900 000 –5 300 000
Zusatzkredite brutto	6 817 700	6 315 200

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	7 417 700	5 715 200
– den Kreditübertragungen von	+1 131 600	+5 900 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	– 1 731 600	–5 300 000
– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	– 2 640 300	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	4 177 400	6 315 200

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 15. Juli 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

**1129. 2015/118**

**Weisung vom 06.05.2015:**

**Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2014 durch den Gemeinderat**

Antrag des Stadtrats:

Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird als Geschäftsbericht 2014 zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Simon Kälin (Grüne):** Der Stiftungsrat hat sich am 28. Oktober 2014 konstituiert. Er hat eine Vize-Präsidentin gewählt und eine Geschäftsstelle bestimmt. Ein Organisationsreglement und ein Entschädigungsreglement wurden erlassen. Als Revisionsstelle wurde die Finanzkontrolle der Stadt gewählt. Im Berichtsjahr 2014 gab es noch keine operativen Geschäftstätigkeiten der Stiftung. Alle finanziellen Vorgänge sind

*anhand der Rechnung 2014 ersichtlich. Aus diesem Grund verzichtete der Stiftungsrat auf die Erstellung eines formellen Geschäftsberichts.*

Kommissionsminderheit:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Wir lehnen die Weisung ab und nehmen den Geschäftsbericht ablehnend zur Kenntnis. Preisgünstige und ökologische Wohnungen, das mag vielversprechend tönen. Was bei der Umsetzung herauskommt, ist aber eine andere Frage. 2014 hatte der Stiftungsrat nichts zu tun, die Entschädigungen wurden aber dennoch ausbezahlt, und zwar in stolzer Höhe: Der Stundensatz beträgt 132 Franken. Solch stolze Entschädigungen passen schlecht zur vorgegebenen Preisgünstigkeit. Und was heisst eigentlich ökologisch? Beispiele zeigen, dass der Besitz eines Autos ein Kündigungsgrund darstellt. Zum Teil werden auch gar keine Garagenplätze erstellt. So geht es natürlich nicht.*

Weitere Wortmeldungen:

**Christine Seidler (SP):** *Bei allem Verständnis dafür, dass sich der Stiftungsrat erst 2014 konstituiert hat, bin ich doch relativ enttäuscht. Ein Geschäftsbericht muss nicht nur Zahlen ausweisen, sondern könnte auch Angaben bezüglich Inhalt, Strategie, Zukunftsperspektiven usw. enthalten. Gerade bei einer solchen Stiftung wären Transparenz und Informationsgehalt wichtig und der Öffentlichkeit auch geschuldet. In der Hoffnung, dass uns nächstes Jahr ein Bericht mit Inhalt vorgelegt werden wird, nehmen wir die Rechnung 2014 als Geschäftsbericht zur Kenntnis.*

**Michael Schmid (FDP):** *Die Stiftung hat sich der Geschäftstätigkeit enthalten, und die FDP enthält sich der Stimme.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Simon Kälin (Grüne), Referent; Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Urs Helfenstein (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent
Enthaltung:	Präsident Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP), Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 20 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird als Geschäftsbericht 2014 zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 15. Juli 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1130. 2015/40

**Weisung vom 04.02.2015:**

**Motion von Min Li Marti, Isabel Garcia und 2 Mitunterzeichnenden betreffend Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Motion, GR Nr. 2012/389, von Min Li Marti und Isabel Garcia «Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung» und dem Beschluss über die Festsetzung der Zielvorgabe von 35 Prozent in Kaderpositionen der städtischen Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/389, von Min Li Marti und Isabel Garcia, vom 31. Oktober 2012 betreffend «Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung» wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 1 und neue Dispositivziffer 2:

**Isabel Garcia (GLP):** In seinem Bericht zur Motion stellt der Stadtrat Folgendes fest: 1. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes ist nur die Erfragung und Erhebung des Geschlechtsmerkmals «Mann» oder «Frau» zulässig, nicht jedoch die sexuelle Orientierung oder die Geschlechterorientierung. Eine Zielvorgabe kann sich deshalb ausschliesslich auf den Anteil Frauen oder Männer beziehen. 2. Die in der Motion geforderte flexible, qualifikationsabhängige Zielvorgabe ist für den öffentlichen Dienst zulässig. 3. Alle Untersuchungen in diesem Bereich zeigen, dass der Frauenanteil in Kaderpositionen einzig in denjenigen Ländern gestiegen ist und weiter steigt, wo nachhaltig verbindliche Zielvorgaben eingeführt wurden. 4. Der Frauenanteil variiert insbesondere im obersten Kader der städtischen Verwaltung (Funktionsstufen 16 bis 18) stark, nämlich zwischen 37,5 % im Präsidialdepartement (PRD) und im Sozialdepartement (SD) und 8 % im Departement der Industriellen Betriebe (DIB). Auch im oberen Kader (Funktionsstufen 14 und 15) wird der Zielwert von 35 % aktuell nicht erreicht; der Frauenanteil beträgt 27,1 %. Im mittleren Kader hingegen (Funktionsstufen 12 und 13) beträgt der Frauenanteil bereits heute 40,6 %. 5. Im bestehenden städtischen Regelwerk sind bereits heute Vorgaben und Leitlinien im Zusammenhang mit den Geschlechtervertretungen enthalten. 6. Auch in der Human Resources-Strategie des Stadtrats werden in den verschiedenen Handlungsfeldern Instrumente zur Angleichung der Geschlechtervertretungen berücksichtigt. 7. Der Gleichstellungsplan wurde bis 2018 verlängert und inhaltlich aktualisiert. Das Anliegen der Motion wurde als neues und einziges departementsübergreifendes Handlungsfeld in den Gleichstellungsplan integriert. Somit sind jetzt alle Departemente aufgefordert, Massnahmen zur Erreichung der Zielvorgabe zu definieren und umzusetzen. Für die Umsetzung und die Überwachung der Wirksamkeit dieser Massnahmen sind die Departemente zuständig. Dadurch soll die Definition von departementsspezifischen und/oder funktionsstufenspezifischen Massnahmen ermöglicht und gefördert werden. Eine transparente, verbindliche und kontinuierliche Kontrolle soll im Rahmen des bereits bestehenden HR-Controllings erfolgen. Der Stadtrat wählt somit den Weg über die konkrete 35 %-Vorgabe innerhalb der bestehenden, stadtweit installierten HR-Prozesse.

Kommissionsminderheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht nicht um eine harte Quote, sondern um eine weiche Zielvorgabe. Zwar erwähnt der Stadtrat in seinem Bericht, dass der Frauenanteil in den letzten Jahren gestiegen ist. Nichtsdestotrotz lamentiert er über eine deutliche Untervertretung der Frauen und gibt sich entschlossen, einen breiten Kulturwandel in diesem Bereich herbeizuführen. Die 35 % sollen intensiv und mit grossen Kostenfolgen angestrebt werden. Aus unserer Sicht führt dies a) zu einer klaren Qualitätseinbusse bei der Arbeit der Verwaltung und b) zu einer spürbaren Kostensteigerung. Zu Punkt a): In einem Qualifikationsverfahren ist Objektivität nicht möglich. Vielmehr werden die vorliegenden Qualifikationen emotional-subjektiv eingeschätzt. Eine ideologiegesteuerte Personalauswahl führt dazu, dass immer weniger leistungsfähige Personen eingestellt werden. Zu Punkt b): Zur Erreichung der Zielvorgabe werden alle Departemente Massnahmen ergreifen müssen. Dies, wie auch der Bericht im Jahr 2018, erzeugt unnötige Kosten: Die Stadt tut in diesem Bereich längst genug.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 3

**Cordula Bieri (Grüne):** Die Kommissionsmehrheit erachtet die Motion als erfüllt und beantragt Abschreibung. Die Grünen nehmen vom Bericht Kenntnis und stimmen der Abschreibung zu. Auch die neue Dispositivziffer 2 nehmen wir an. Wir gehen davon aus, dass Geschlechtergerechtigkeit nur zu erreichen ist, wenn in den entscheidenden Machtpositionen Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind. Dies ist noch nicht der Fall und die Entwicklungen zeigen keine Besserung. An der Bildung kann es nicht liegen, die Gründe sind sehr vielfältig. Ein Grund hängt sicher mit den vorhandenen Strukturen und der Kultur am Arbeitsplatz zusammen. Hier kann die Stadt ansetzen. Wir hätten lieber eine verbindliche Quote gesehen, hoffen nun aber, die Zielvorgabe möge sich nicht als zahnlöser Papiertiger entpuppen. Sollten wir in Zukunft keine wesentlichen Fortschritte feststellen, werden wir eine verbindliche Forderung einreichen.

**Rosa Maino (AL):** Die AL nimmt vom Bericht ablehnend Kenntnis. Wir teilen die Zuversicht des Berichts nicht, wonach die angemessene Berücksichtigung der Geschlechteridentitäten in den Kaderpositionen auch ohne Schaffung zusätzlicher gesetzlicher Grundlagen zu erreichen ist. Dies gilt insbesondere für die oberste Kaderstufe, wo der Frauenanteil 2013 bei lediglich 17,9 % lag. Um verbindliche Vorgaben zu erfüllen, braucht es zweifellos mehr als bloss günstige Voraussetzungen. Die gesellschaftspolitische Relevanz der angemessenen Berücksichtigung der Geschlechteridentitäten verlangt richtiggehend nach der Schaffung entsprechender Gesetzesgrundlagen und geht somit über die Zuständigkeit der HR-Konferenz und des Stadtrats hinaus. Deshalb begrüssen wir die zusätzliche Dispositivziffer 2 und folgen dem Antrag im Sinn einer Minimalanforderung. Nicht folgen können wir hingegen dem Abschreibungsantrag; die Grundlage für die Erfüllung der Motion ist schlicht noch nicht gegeben.

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** Die angemessene Vertretung der Frauen ist ein allgemeines Anliegen. Anhand des Berichts zeigt sich, dass wir gar nicht mehr so weit vom Ziel entfernt sind. Über die Art und Weise der Zielerreichung besteht Konsens, bleibt noch die Frage, wer für die Umsetzung zuständig ist: Die Fachstelle für Gleichstellung hat den Auftrag, «die rechtliche tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Zürich» umzusetzen. Sie hat aber nicht die Mittel zur Umsetzung der Zielvorgabe. Die Gleichstellung muss in der ganzen Stadtverwaltung umgesetzt werden, deshalb macht eine Konzentration bei der Fachstelle für Gleichstellung keinen Sinn. Die richtige Stelle ist vielmehr das Human Resources Management (HRZ). Darüber hätte ich heute gern diskutiert, unser Postulat

zu diesem Thema wurde aber nicht auf die Traktandenliste gesetzt.

**Isabel Garcia (GLP):** Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass mit dem in der Dispositivziffer 2 geforderten Bericht dem ganzen Prozess die nötige Wichtigkeit beigegeben werden kann. Zu Dispositivziffer 3 erläutere ich die Haltung der GLP: Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Ein Teil der Fraktion ist der Auffassung, der Auftrag der Motion werde mit dem Bericht gut erfüllt. Ein anderer Teil der Fraktion sieht im Bericht nur eine teilweise Erfüllung und möchte die Motion aufrechterhalten.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Ich fordere nicht eine angemessene, sondern eine optimale Vertretung der Frauen in mittleren und oberen Kaderstellen. Wir müssen auf die stärksten Personen setzen. Es gibt einen Typus Frau, der nicht in die oberen Etagen passt, weil es ihm an Kritikfähigkeit, Kampfwillen, Führungsstärke usw. fehlt. Natürlich gibt es auch Frauen, die dem gewachsen sind, aber das sind Ausnahmen. Mehrheitlich wollen Frauen gar nicht in Kaderpositionen aufsteigen. Eine Nivellierung führt dazu, dass die Arbeit schlechter gemacht wird.

**Reto Rudolf (CVP):** Die CVP ist gegen die Festschreibung einer Zielvorgabe. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis, lehnen einen zusätzlichen Bericht aber ab. Selbstverständlich sind wir für die Abschreibung.

**Min Li Marti (SP):** Der Bericht des Stadtrats unterstreicht den Willen zur Umsetzung unseres Anliegens. Ob die Umsetzung funktioniert, wird sich zeigen, z. B. im Bericht 2018. Der Gemeinderat wird die Möglichkeit haben, auf eine richtige Erfüllung der Vorgabe zu pochen. Severin Pflüger (FDP) möchte ich in Erinnerung rufen, dass Gleichstellung vielschichtig ist und nicht nur Angelegenheit des HR. Problematisch finde ich, dass die Umsetzung der Zielvorgabe in den einzelnen Departementen im Moment sehr unterschiedlich erfolgt. Bis zu einem gewissen Grad mag es stimmen, dass es für gewisse Departemente mit eher technischen Berufen schwieriger ist, Frauen zu finden. Jedoch müssen Kaderangestellte nicht zwingend den entsprechenden, naheliegenden Berufshintergrund haben; es sind durchaus andere Wege denkbar.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Trotz einer Gleichstellungsbestimmung in der Bundesverfassung und Gesetzesbestimmungen, trotz eines Gleichstellungsplans, einer Fachstelle für Gleichstellung und einer HR-Strategie: Der Frauenanteil im oberen Kader des DIB beträgt nur 4,8 %. Ich bereue sehr, dass in dieser Motion keine echte Quote gefordert werden konnte, aber auch für eine Zielvorgabe von 35 % ist es an der Zeit. Es braucht Flexibilität und mehr Teilzeitstellen für Frauen und Männer. Den Frauen wird gerne vorgeworfen, sie würden sich lieber für die Familie statt für die Karriere entscheiden und forderten von den Arbeitgebern viel Flexibilität. Ich verstehe nicht, warum das für Männer bzw. Väter kein Thema sein soll. Frauen sind mitnichten konkurrenzschüchtern und sie rennen auch nicht vor der Verantwortung davon. Es sind vielmehr die Rahmenbedingungen, die es ihnen sehr schwer machen, so z. B. die Betreuungssituation. In diesem Sinn sind wir mit dem Bericht halbwegs zufrieden, wenngleich die ausgewiesenen Zahlen zum Teil ernüchternd sind.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Beim Frauen- und Männeranteil in Kaderpositionen der Stadtverwaltung gibt es grosse Unterschiede. Allerdings ist der Frauenanteil im obersten Kader seit 2007 von 10 auf heute 21 % angestiegen. Das heisst, es geht – in kleinen und langsamen Schritten – in die richtige Richtung. Um das Ziel zu erreichen, ist ein Wille zur Veränderung der Kultur und der Optik nötig. Man muss wegkommen von traditionellen, festgefahrenen Rollenmustern. Dazu braucht es allerdings ein ganzes

*Bündel gezielter Massnahmen in verschiedenen Bereichen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, externe Kinderbetreuung, Teilzeitarbeitsangebote für Männer und Frauen, die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit – alle diese Faktoren spielen hinein. Die Umsetzung der Zielvorgabe erfolgt im Rahmen des Gleichstellungsplans. Für ein praxisnahes, koordiniertes und verbindliches Vorgehen bedarf es eines gesamtheitlichen Blicks und schliesslich der Fachstelle für Gleichstellung. Hier handelt es sich tatsächlich um ein personalpolitisches Gleichstellungsthema, die Fachstelle arbeitet aber viel weitergehend. Sie ist ein Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen und identifiziert als solche gezielt für die einzelnen Dienstabteilungen geeignete Massnahmen. Eine gute Abstimmung der Massnahmen auf die Gegebenheiten und Voraussetzungen in den einzelnen Departementen und Dienstabteilungen ist nötig. Dem Stadtrat ist es ernst mit der Umsetzung der Zielvorgabe. Im Jahr 2018 soll der Gleichstellungsplan evaluiert werden, darüber werden wir dem Gemeinderat gerne Bericht erstatten.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt: Vom Bericht betreffend Motion, GR Nr. 2012/389, von Min Li Marti und Isabel Garcia «Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung» und dem Beschluss über die Festsetzung der Zielvorgabe von 35 Prozent in Kaderpositionen der städtischen Verwaltung wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP), Rosa Maino (AL)  
Abwesend: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin Mehrheit; Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 30 Stimmen zu.

Änderungsantrag / Schlussabstimmung, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt die Ergänzung um folgende Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 2. wird zu Dispositivziffer 3.):

2. Dem Gemeinderat ist im Jahr 2018 Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Zielvorgaben zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechter in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung zu erstatten.

Dieser Bericht enthält insbesondere Angaben zu den auf den Stufen Dienstabteilung und Departement ergriffenen Massnahmen sowie über den Stand der Umsetzung und der Zielerreichung.

3. Die Motion, GR Nr. 2012/389, von Min Li Marti und Isabel Garcia, vom 31. Oktober 2012 betreffend «Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung» wird als erledigt abgeschrieben.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)  
Enthaltung: Christian Huser (FDP)  
Abwesend: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin Mehrheit; Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3 (urspr. Dispositivziffer 2)

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Rosa Maino (AL), Referentin  
Enthaltung: Markus Merki (GLP)  
Abwesend: Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 15 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Motion, GR Nr. 2012/389, von Min Li Marti und Isabel Garcia «Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung» und dem Beschluss über die Festsetzung der Zielvorgabe von 35 Prozent in Kaderpositionen der städtischen Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Dem Gemeinderat ist im Jahr 2018 Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Zielvorgaben zur angemessenen Berücksichtigung der Vielfalt der Geschlechter in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung zu erstatten.  
Dieser Bericht enthält insbesondere Angaben zu den auf den Stufen Dienstabteilung und Departement ergriffenen Massnahmen sowie über den Stand der Umsetzung und der Zielerreichung.
3. Die Motion, GR Nr. 2012/389, von Min Li Marti und Isabel Garcia, vom 31. Oktober 2012 betreffend «Definierung einer Zielvorgabe zur angemessenen Berücksichtigung der Geschlechtsidentitäten in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 15. Juli 2015

#### **1131. 2015/70**

##### **Postulat von Andrea Nüssli (SP) und Simone Brander (SP) vom 11.03.2015: Verbesserung der Bus-Anbindung des Rütihofquartiers an die Stadtbahnhöfe Oerlikon und Altstetten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Andrea Nüssli (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 777/2015): Der Vorstoss ist nicht nur von lokaler, sondern auch von übergeordneter Bedeutung. Der Ausbau der Buslinie soll ein Stück weit auch Ersatz sein für den Abbau der S-Bahnlinie am Bahnhof Wipkingen. Eine schnelle Anbindung an einen Bahnhof ist für alle Personen wichtig, auch für den Rütihof mit seinen 4000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie für die weiteren 500 bis 1000 Leute im Einzugsgebiet. Heute müssen die Quartierbewohner mit der Buslinie 46 in 23 Minuten an den Hauptbahnhof fahren, wobei sich der Ausstieg nicht in der Nähe der Gleise befindet. Zudem sind die Umsteigebeziehungen am Meierhofplatz schlecht. Eine attraktivere Busverbindung wäre auch für Höngg wichtig und könnte die 80er-Linie entlasten. Der Ausbau des Takts der Linie 89 ist ab Bahnhof Altstetten geplant, dies bringt dem Rütihof jedoch nichts. Es ist unverständlich, warum der Takt nicht bis in den Rütihof hinaufgezogen werden kann. Der Rütihof muss am Abend und am Wochenende besser angebunden werden.

**Guido Trevisan (GLP)** begründet den namens der GLP-Fraktion am 8. April 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Sollte der Kanton das Projekt nicht unterstützen, müsste die Stadt zwangsweise die vollen Kosten für die Taktverdichtung bzw. die neue Linienführung tragen. Beim Einreichen von Vorstössen bezüglich öV-Ausweitung muss der Gemeinderat fokussieren. Die SP und die Grünliberalen haben bereits 2010 eine Ausweitung des öV-Angebots für den Rütihof gefordert. Mit einer Busverbindung über die Breitensteinstrasse/Am Wasser könnte neues öV-Personal erschlossen werden. Es ist sinnvoller, zuerst «neue» Personen zu erschliessen, statt eine bestehende Verbindung auszubauen. Der Nutzen der von den Postulantinnen geforderten Linienführung wäre im Vergleich eher klein. Zudem würde die mit Abstand längste und somit eine verspätungsanfällige Busverbindung entstehen. Die erwähnte Überlastung wird durch den Einsatz von Gelenkbussen ab Mitte 2017 verschwinden. Ein Ausbau des Angebots zwischen Bahnhof Altstetten und Heizenholz, wie im Postulat angeregt, würde jährlich ganze zwei Millionen Franken kosten. Eine neue Buslinie zwischen Rütihof und Bahnhof Oerlikon mit einem 7,5-Minuten-Takt würde jährlich sogar Mehrkosten von fünf Millionen Franken bedeuten. Dabei bliebe der Mehrwert relativ gering.

**Martin Bürlimann (SVP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sich beim ZVV einzusetzen [...]». Ob ein Ausbau der Linie 89 sinnvoll ist, soll in der regulären Fahrplanplanung entschieden werden. In unserer Motion GR Nr. 2011/158 verlangten wir Schnellbusse von den Aussenquartieren an den HB. Der Gemeinderat hat den Vorstoss als Postulat und mit einer Textänderung, wonach Schnellbusse allgemein die SBB-Knoten besser erschliessen sollen, überwiesen. Die SVP befürwortet Buslinien dort, wo Nachfrage besteht und der Verkehr verflüssigt werden kann. Weiter empfehlen wir die Einrichtung von Pendelbussen, die Knoten direkt miteinander verbinden. Mit dem vorliegenden Postulat lassen sich Kapazitätsengpässe in den Stosszeiten kaum abbauen. Ohne Textänderung würden wir es ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Marcel Bührig (Grüne):** Eine solche Tangentialverbindung wäre nicht sinnvoll, sondern umständlich. Umsteigen am Meierhofplatz bringt den Bewohnern des Rütihofs mehr. Nach eingehender Prüfung sehen wir keine Nachfrage, daher lehnen wir das Postulat ab, auch mit der Textänderung.

**Simone Brander (SP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Es war unsere Absicht, dass unser Anliegen im Rahmen des ordentlichen Angebots geprüft wird. Die Stadt soll das zusätzliche Angebot nicht allein finanzieren müssen. Im Postulatstext steht übrigens nirgends, dass es nur eine einzige Linie sein müsste. Die von Guido Trevisan (GLP) erwähnte Idee einer neuen Linie wird sehr wahrscheinlich nicht realisiert werden, daher

*sind jetzt neue Ideen gefragt.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Auch wenn die Textänderung grammatikalisch schwierig ist, stimmen wir zu.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sich beim ZVV einzusetzen, wie die Bus-Anbindung des Rütihofquartiers an die Stadtbahnhöfe Oerlikon und Altstetten verbessert werden können. Dazu soll insbesondere geprüft werden, wie der Takt der Buslinie 89 am Tag verdichtet und bis Mitternacht und an sieben Wochentagen ausgebaut werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 88 gegen 24 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1132. 2015/138**

**Postulat von Helen Glaser (SP) vom 20.05.2015:  
Produktesortiment Energie 360°, Lieferung des Standardprodukts mit einem Anteil Biogas**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Helen Glaser (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 930/2015) und zieht es zurück: Mit diesem Postulat möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass die Stadt einen Schritt weiter zur 2000-Watt-Gesellschaft macht. Biogas ist eine erneuerbare, klimafreundliche Energie, die in das bestehende Erdgasnetz eingespeist werden kann. Biogas wird ausschliesslich aus natürlichen Abfallstoffen gewonnen. Auch wenn Energie 360° weiterhin vor allem Erdgas verkaufen wird, bedeutet ein Anteil an Biogas einen weiteren Schritt in die richtige Richtung und hilft mit, die Bevölkerung für erneuerbare Energien zu sensibilisieren. Nun habe ich vor der Sitzung erfahren, dass der Verwaltungsrat von Energie 360° Anfang Woche selber beschlossen hat, ein Standardprodukt mit einem Anteil Biogas einzuführen.*

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**1133. 2015/248**

**Interpellation von Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 08.07.2015:  
Mögliche Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge, verfolgte Ziele und Wirkung der Beiträge sowie mögliche Folgen und Massnahmen bei einer Streichung**

Von Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 8. Juli 2015 folgende Interpellation eingereicht worden:

Der Kanton bereitet eine Vorlage zur Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) vor. Kleinkinderbetreuungsbeiträge werden auf Antrag an Haushalte mit Kindern bis zu 2 Jahren ausbezahlt, wenn das Arbeitspensum der Eltern 100 bis maximal 150 Prozent (Paare) beziehungsweise maximal 60 Prozent (Alleinerziehende) beträgt. Es gelten zudem Einkommens- und Vermögensgrenzen. KKBB können auch von Haushalten bezogen werden, die keine Sozialhilfe beziehen.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Ist das Sozialdepartement beziehungsweise die Sozialbehörde zur Stellungnahme eingeladen worden? Wenn Ja bitte um Zustellung der Antwort.
2. Welche Ziele hat man mit bei der Einführung der KKBB im Jahr 1992 verfolgt? Hat sich an der Zielsetzung in den letzten 25 Jahren etwas verändert?
3. Gibt es verlässliche Aussagen zur Wirkung der KKBB?
4. Ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Fälle in der Sozialhilfe steigt, wenn die KKBB abgeschafft werden?
5. Wie hoch sind die Kostenbeteiligungen des Kantons (oder anderer öffentlicher Stellen)  
a) bei der Auszahlung von Sozialhilfe, b) bei der Auszahlung von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen?
6. Gemäss dem Winterthurer Sozialvorstand Nicolas Galladé könnten die mit den KKBB verfolgten Ziele besser erreicht werden, wenn die frei werdenden Mittel in die Frühförderung investiert werden. Teilt der Stadtrat diese Meinung? Wo müssten die frei werdenden Mittel konkret investiert werden, wenn die mit den KKBB anvisierten Ziele und Zielgruppen erreicht werden sollen?
7. Welche Massnahmen würde das Sozialdepartement treffen, wenn die KKBB vom Kanton abgeschafft würden? Wäre es aus Sicht des Stadtrats denkbar, an deren Stelle Familienergänzungsleistungen zu entrichten?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Interpellation wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**1134. 2015/249**

**Schriftliche Anfrage von Marianne Aubert (SP), Thomas Kleger (FDP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 08.07.2015:**

**Strategische Neuausrichtung der Feuerwehr, Stand der Projektierung und Folgen des Konzepts mit dem Bau der neuen Wachen sowie Auswirkungen für die bestehenden Milizorganisationen**

Von Marianne Aubert (SP), Thomas Kleger (FDP) und 6 Mitunterzeichnenden ist am 8. Juli 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In diversen Publikationen, so auch im Schutz und Rettung Zürich SRZ Informationsblatt, 24h vom Dezember 2014 wurde verschiedentlich die Neuorganisation der Feuerwehr mit deren Ausbau vorgestellt. Die Strategie von Schutz und Rettung Zürich SRZ sieht für die Feuerwehr den Bau von drei neuen Wachen (im Norden, Westen und Osten) wie auch eine Aufstockung des Personalbestandes der Berufsfeuerwehr vor, während der Bestand der Milizfeuerwehr reduziert werden soll. Dafür wurden schon mögliche Standorte evaluiert und der Raumbedarf im Hochbaudepartement angemeldet. Die Mitglieder der verschiedenen Milizfeuerwehrkompanien der Stadt Zürich sind besorgt und verunsichert über diese Entwicklung. Das Projekt wurde bisher noch nicht dem Gemeinderat vorgelegt. Für uns als Gemeinderäte stellen sich Kosten- und Effizienzfragen sowie Fragen zur geplanten Organisation.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie werden diese neuen Wachen bestückt? (Bestand, neue Löschfahrzeuge, Material, Infrastruktur)
2. Wir vermuten, dass die neuen Wachen 24h à drei Schichten besetzt werden müssen. Wie viele neue Stellen in der Berufsfeuerwehr bzw. SRZ müssen hierfür geschaffen werden?
3. Wie werden die Kosten für diese Wachen prognostiziert? Bitte aufgeteilt in Erstellungs- und Implementierungskosten sowie jährlich wiederkehrende Kosten.
4. Wie ist der Stand des Projektes und wie ist das weitere Vorgehen geplant?

5. Unserer Meinung nach ist bei festangestellten Berufsfeuerwehren mit deutlich höheren Lohnkosten, als für den Sold der Milizorganisationen zu rechnen. Mit welchen Auswirkungen auf das Milizsystem muss gerechnet werden? Ist geplant, die Kompanien der Milizfeuerwehr und die Zivilschutzangehörigen zu reduzieren?
6. Wie hoch werden sich voraussichtlich die Kosten für die Aus- und Weiterbildung der zusätzlich benötigten Feuerwehrleute belaufen? Sind dazu die Voraussetzungen im neuen Ausbildungszentrum Rohwiesen gegeben?
7. Das Projekt wird noch verschiedene Hürden nehmen müssen (Stadtrat, Gemeinderat, Budget etc.). Kann das Projekt gestoppt werden, ohne Auswirkungen auf die Qualität der Feuerwehrversorgung der Stadt Zürich zu haben? Was sind die Auswirkungen auf das Standortkonzept? Wurde der Bestand der Milizfeuerwehrkompanien schon so stark reduziert, dass eine Versorgung ohne neuem Konzept nicht mehr gewährleistet werden kann?
8. Begründet wird der Bau der neuen Wachen mit der Anfahrtszeit zum Ereignis. Ist der Bau von drei neuen Wachen und damit dem Betreiben von anschliessend sechs Einrichtungen (Wachen Manesse Süd, Neumühlequai, West, Ost, Nord und Flughafen) notwendig?
9. Durch das Betreiben von sechs Einrichtungen wird eine Überversorgung im Stadtzentrum vermutet. Evtl. könnten Synergien durch bessere Standorte genutzt werden. Befinden sich die bestehenden Wachen wirklich an den richtigen Standorten? Wurde geprüft, ob die Anzahl Wachen reduziert werden kann, wenn man zum Beispiel Standorte wie Neumühlequai oder Manesse auflöst und so eine effizientere Verteilung der Wachen auf das Stadtgebiet ermöglicht wird?
10. Die bestehenden Milizformationen sollen professionalisiert werden. Das kann heissen mehr Einsätze, mehr Übungen und dgl. Wird es in Zukunft möglich sein, dies mit Arbeitgeber und dem Privatleben vereinbaren zu können? Was sind konkret die Konsequenzen für den/die Angehörige(r) der Milizfeuerwehr?

Mitteilung an den Stadtrat

1135. 2015/250

**Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 08.07.2015:**

**Projekt «Nachtleben», Anzahl der Lärmklagen gegenüber den Gastrobetrieben sowie gesetzliche Grundlagen und mögliche Folgen der Praxisänderung aufgrund des Urteils des Baurekursgerichts für die bestehenden und bewilligten Betriebe in der Stadt**

Von Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 8. Juli 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der STR hat in seiner Medienmitteilung vom 30. Juni eine Zwischenbilanz des Projekts Nachtleben gezogen und über die Praxisänderung aufgrund des Urteils des Baurekursgerichts orientiert. Wir bitten den STR in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Gebiete umfasst das Projekt «Nachtleben»?
2. Sind neben den Gesprächsrunden im Langstrassenquartier weitere Gesprächsrunden in anderen Quartieren geplant? Wenn ja, wo und weshalb? Was erhofft sich der Stadtrat davon und in welchen Bereichen kann die Stadt gegenüber den Einwohnern Konzessionen machen? Welcher rechtlicher Spielraum besteht diesbezüglich?
3. Wie hat sich die Anzahl der Lärmklagen aufgrund von Gastrobetrieben in den letzten Jahren entwickelt? Wir bitten um eine Gliederung nach Wochentagen, Tageszeiten und Quartieren.
4. Wie werden Lärmimmissionen gemessen?
5. Aufgrund welcher Gesetzesbestimmungen leitet das Gericht die Baubewilligungspflicht ab und welche Gesetze müssten angepasst werden, um von dieser Bewilligungspflicht abzusehen?
6. Inwiefern betrifft die erwähnte Praxisänderung bestehende Betriebe in der Stadt, die ihren Betrieb wie bisher weiterführen? Kommt die Praxisänderung auch dann zum Tragen, wenn bestehende Betriebe Anpassungen an ihrem Betriebsregime durchführen möchten, die sich nicht oder nur geringfügig auf die Lärmentwicklung auswirken?
7. Wie will der Stadtrat in diesem Zusammenhang die Rechtssicherheit und den Vertrauensschutz der bestehenden oder bereits bewilligten Betriebe sicherstellen?

8. Erwartet der STR, dass die Praxisänderung eine Bedrohung für bestehende Quartierrestaurants, namentlich in Wohnquartieren darstellt? Wir bitten um eine Begründung der Antwort.
9. Welche Auswirkungen sind auf die Betriebe in Zürich West z.B. Frau Gerolds Garten u.a., und an der Langstrasse zu erwarten?
10. Führt die neue Praxis dazu, dass unter diesem Titel Verlängerungen der Betriebszeiten generell nicht mehr bewilligungsfähig sind?
11. Wie ist die Formulierung «Auch für Wartezonen im Freien muss künftig ein Baugesuch eingereicht werden.» aus der Medienmitteilung vom 30. Juni 2015 zu verstehen? Inwiefern betrifft diese Aussage bestehende Betriebe? Wie sind Wartezonen definiert?
12. Welche Auflagen für bestehende und neue Betriebe werden in Bezug auf Raucherinnen und Raucher respektive das Anbringen von mobilen oder festinstallierten Aschenbechern im Freien mit oder ohne Sitzgelegenheit für Rauchende gemacht?
13. Welchen Wert misst der STR einem attraktiven Nachtleben in der Stadt Zürich zu?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**1136. 2015/170**

**Postulat von Simon Diggelmann (SP), Matthias Probst (Grüne) und 24 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:**

**Errichtung von automatischen Velo-Zählstellen mit Visualisierung des Verkehrsaufkommens an ausgewählten Standorten**

Simon Diggelmann (SP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 19. August 2015, 17 Uhr.